

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian Ritter, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann und Fraktion (SPD)**

Rassismus und Rechtsextremismus die Rote Karte zeigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Rassismus und Rechtsextremismus stehen in einem diametralen Gegensatz zu einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Sie widersprechen den Werten und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unserer Verfassung. Das Gedankengut, das dahintersteht, ist nicht von gestern, sondern vielmehr von vorgestern. Und doch – leider – immer noch aktuell. Dem nicht genug, berufen sich die Vertreter:innen von rechtsextremen Ideologien dabei oft noch auf die „*wahre Demokratie*“ und schelten die anderen antidemokratisch.

Erst kürzlich jährte sich die Ermordung von Hans und Sophie Scholl sowie von Christoph Probst, vor 78 Jahren. Der rassistische Anschlag von Hanau hat sich am 19.02.2021 gejäht. Eine aktuelle Anfrage der SPD-Landtagsfraktion hat ferner gezeigt, dass die Anzahl von rechtsextrem motivierten Straftaten in Bayern im Jahre 2020 deutlich gestiegen ist. So gab es vergangenes Jahr 2.305 Vorfälle dieser Art – 200 mehr als noch im Jahr zuvor.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher aus Anlass dieser Jahrestage und der beschämenden Anzahl dieser Taten im letzten Jahr in Bayern auf,

1. den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu priorisieren, erheblich zu verstärken und effizientere Strukturen zu schaffen, insbesondere für die Bekämpfung im Internet/Darknet;
2. Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer von rassistischer und rechtsextremer Gewalt auszubauen und zu stärken, nicht zuletzt auch mit ausreichenden finanziellen Mitteln;
3. eine Landesstiftung zur Unterstützung von Opfern von rassistischer und rechtsextremer Gewalt zu gründen und entsprechende Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Begründung:

Am 19.02.2020 jährte sich der bestürzende rassistische Anschlag von Hanau. Der 43-jährige Tobias R. tötete dabei an jenem Tag im hessischen Hanau neun Menschen: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kenan Kurtovic, Vili-Virol Paun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov.

Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft sind zwar seit November beendet, aber noch nicht abgeschlossen. Mit dem Verweis darauf, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien, veröffentlicht die Bundesanwaltschaft bisher dann auch noch keine Details. Der Ablauf der Tat sowie die Motive des Täters waren jedoch aber schon bereits kurz nach der Tat allgemein bekannt. Rassistischer Hass gepaart mit einer rechtsextremen Ideologie.

Darüber hinaus sind jedoch (sehr) viele Fragen bis dato noch immer ungeklärt. Der Täter besaß trotz seiner psychischen Erkrankung und seiner rassistischen Einstellung zwei Waffen besitzen. Bei der turnusmäßigen Überprüfung der Waffenbesitzkarten sah das zuständige Amt jedenfalls keine Auffälligkeiten. Der zuständige Polizeinotruf war zweitweise nicht erreichbar.

Auch in Bayern zeigt sich leider ein signifikanter Anstieg von rechtsextremen Straftaten. Im Jahre 2020 verzeichnete das Landeskriminalamt 2.305 Vorfälle rechtsextremer Straftaten. Dabei handelt es sich um eine Steigerung von fast 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies geht aus einer aktuellen Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion hervor. Hier bestätigt sich ein alarmierender Trend, der bereits im Vorjahr zu beobachten war. So gab es im Jahr 2019 insgesamt 2.042 rechtsextremistische Straftaten im Freistaat. Im Jahr 2018 waren es demgegenüber noch 1.771. Die steigende Gewaltbereitschaft in der Szene ist evident. Nach Angaben des Innenministeriums sind derzeit in Bayern 2.360 Personen der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen. Fast die Hälfte davon sei „*gewaltorientiert*“. Die Gewalttaten reichten von Übergriffen auf Minderheiten bis hin zu Brand- und Sprengstoffdelikten. Wesentliche Ursache sei das rassistische Menschenbild der Rechtsextremisten, das den Einzelnen allein nach seiner ethnischen Herkunft beurteilt. An dieser Stelle darf dann auch nochmals daran erinnert werden, dass fünf der Todesopfer des NSU in Bayern ermordet wurden, in München und in Nürnberg. Dies soll und darf sich nie wieder wiederholen.

Ganz offenkundig gilt es hier deshalb angesichts des alarmierenden Trends intensiver gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Bayern vorzugehen. So muss insbesondere mehr in die Prävention investiert werden. Daneben müssen vor allem aber auch die Opfer mehr in den Fokus gerückt werden. Insofern bedarf es zwingend einer Stärkung der Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer.

Das wir uns als Gesellschaft 78 Jahre nach der Ermordung der Mitglieder der Weißen Rose noch immer mit solchen schrecklichen Taten und Themen beschäftigen müssen, ist unsäglich. Eben darum bedarf es aber zumindest für die Zukunft die von uns geforderten Maßnahmen. So soll etwa die Stiftung allen Opfern von rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt gewidmet sein und zusätzlich auch Bildungsaufgaben übernehmen. Aber auch darüber hinaus wird die Staatsregierung angehalten, die Zivilgesellschaft zu stärken. Vereine und Verbände, die sich gegen Rassismus und gegen Rechtsextremismus einsetzen, müssen noch besser gefördert werden. Auch an den Schulen muss politische Bildung forciert werden, um rechtsextreme Orientierungen von vorneherein zu bekämpfen.